

Andreas Blechner, Betriebsratsvorsitzender VW Werk Salzgitter

Beitrag zum Diskussionsforum: Wer kann wirksam politisch Handeln? Welche Rolle können die Gewerkschaften übernehmen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, um die Frage des Forums, wer kann wirksam politisch Handeln, zu beantworten, möchte ich euch aus meiner konkreten Praxis als Betriebsratsvorsitzender und IG Metall berichten. Vielleicht kann ich damit dazu beitragen, das Bild von den „verknöcherten Gewerkschaften“ ein wenig gerade rücken.

Daher vorab ein paar Sätze zu meiner Person, zum VW Werk Salzgitter und zu unserer Interessenvertretungsarbeit.

Ich bin Betriebsratsvorsitzender im VW Werk Salzgitter, einem von 6 deutschen Standorten der VW AG. Wir haben 7.300 Beschäftigten und es werden jährlich ca. 1,3 Millionen Motoren für den VW Konzern gefertigt. Von den 7.300 Beschäftigten sind 98% in der IG Metall organisiert. Und von den 35 Betriebsräten wurden bei den letzten Betriebsratswahlen im März diesen Jahres 32 IG Metall-Betriebsräte gewählt. Parallel zum Betriebsrat haben wir einen gut organisierten IG Metall „Vertrauenskörper“ mit 400 IG Metall Vertrauensleuten.

Die Betriebsratsarbeit und die IG Metall-Strukturen sind dabei eng miteinander verzahnt. Wie ihr seht, ist die IG Metall ein fester Bestandteil der Interessenvertretungsarbeit bei uns im Werk. Das trifft übrigens auch auf die anderen VW Werke zu.

Unsere Kernaufgabe als Betriebsräte und IG Metall ist, die Interessen der Kolleginnen und Kollegen, also der Mitglieder, hier im Werk zu vertreten! Das fängt bei den konkreten Arbeitsbedingungen an, wie der Gestaltung der Arbeitszeiten und Pausenregelungen, Eingruppierungen, Personalbemessungen, Taktzeiten oder Stückzahlen, Qualifizierungen, Arbeitssicherheit oder dem Schutz vor Krankenverfolgungen und Entlassungen. Und das geht weiter mit der Durchsetzung und Wahrung von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarung. Also: das Überwachen der Einhaltung von Vereinbarungen und Gesetzen insgesamt.

So weit die „klassischen“ Kernaufgaben. Wer da meint, dass dabei nur „bornierte“ und „begrenzte“ Interessen vertreten würden, vergisst, welche die eigentliche Aufgabe der Gewerkschaften ist und tut so, als ob unser „rheinisch alpiner Kapitalismus“ keine Kontrolle in den Betrieben mehr nötig hätte. Wenn Sie meinen, Herr Martens, die Gewerkschaften sollten verstärkt „Solidarität in Vielfalt“ üben, dann kann ich Ihnen nur zustimmen. Aber: Das eine zu tun, heißt noch lange nicht, das andere zu lassen.

Das heißt: Nach wie vor ist es die Aufgabe der Gewerkschaften, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten. Und diese Mitglieder befinden sich nun einmal in erster Linie in den Betrieben und sind hier abhängig Beschäftigte.

Wenn wir uns als Betriebsräte und Gewerkschafter den Interessen der Kolleginnen und Kollegen verschließen würden, dann wäre das genauso, wie wenn Schröder sagen würde, (das würde er natürlich nie tun!): „Ich mache keine Politik gegen die

Arbeitgeber!“ Und das, nachdem er die Wahlen gerade durch die Stimmen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewinnen konnte.

Natürlich machen wir als Gewerkschafter im Betrieb eine Politik, die weit über das eigentlich Betriebliche hinausgeht. Wir sind sicherlich keine „Betriebssyndikalisten“, die sich nur auf die Interessen der Facharbeiter im Betrieb konzentrieren würden.

Das können wir uns übrigens schon lange nicht mehr erlauben. Zu den klassischen Aufgaben der Interessenvertretungsarbeit ist schon längst ein neues Kerngeschäft hinzugekommen: „Die Standort- und Beschäftigungssicherung.“

Und das betrifft nicht nur die Arbeitsplatzbesitzer in den Betrieben, sondern das ist auch konkrete Beschäftigungspolitik.

Konkreter als mit Arbeitszeitverkürzung kann man meiner Ansicht nach keine Politik für die Arbeitslosen machen:

Mit der Einführung der 35 Stunden-Woche in der Metall-Industrie sind rund 400.000 Jobs geschaffen worden. Mit der Arbeitszeitverkürzung auf 28,8 bei Volkswagen in 1994 sind 30.000 Arbeitsplätze gesichert worden.

Und das will ich hier auch sagen, das haben wir gemacht zum Teil gegen die Widerstand vieler Kolleginnen und Kollegen, die gar nicht glücklich darüber waren, mit der Arbeitszeitverkürzung auch Lohneinbußen von bis zu 20% aufs Jahr gesehen hinnehmen zu müssen. Viel Überzeugungsarbeit war hier notwendig, um an das solidarische Handeln aller zu appellieren.

Die gleiche unpopuläre Diskussion führen wir übrigens auch immer wieder wenn es um die Mehrarbeit geht. Gerade aktuell sind wir wieder dabei, die Arbeit im Betrieb gleichmäßig so auf alle zu verteilen, um rund 200 Arbeitsplätze zu sichern. Das bedeutet für einige aber auch wieder auf die gut bezahlte Mehrarbeit zu verzichten. Wir könnten es uns natürlich auch ganz leicht machen und anstatt dessen auf die Übernahme der Auszubildenden verzichten. Aber gerade das ist nicht unser politischer Ansatz! Uns kommt es darauf an, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen!

Wenn Herr Hartz sich jetzt schmollend hinstellt, die Gewerkschaften hätten Ihm sein Spielzeug kaputt gemacht, dann kann ich nur sagen: Es ist gut, dass die Gewerkschaften in Sachen Leiharbeit Ihrer klassischen Aufgabe nachgekommen sind und eine Lohndumping-Spirale verhindert haben! Jetzt wird behauptet, die Gewerkschaften wären schuld daran, wenn durch die Leiharbeit nicht so viele Jobs wie gehofft geschaffen würden, ja sie wären sogar schuld daran, dass jetzt vorhandene Arbeitsplätze gefährdet wären, weil Leiharbeitsfirmen den gleichen Lohn zahlen müssen. Wenn Leiharbeiter niedrigere Löhne bekommen würden, dann wären hier mit Sicherheit noch viel mehr Arbeitsplätze gefährdet! Denn der Unternehmer, der dann freiwillig noch mehr Geld an seine Stammarbeiter bezahlt, der müsste erst noch geschaffen werden. Die Unternehmer würden doch nach Mitteln und Wegen suchen, die Stammbeslegschaft zu reduzieren und mehr und mehr in prekäre, schlechter bezahlte Leiharbeit umzuwandeln.

Um zum Thema zurück zu kommen: Die Gewerkschaften, die hier von den Medien und den Arbeitgebern gerne als Sündenbock herangezogen werden, tragen, weil sie ihre klassische Interessenvertretungsarbeit wahrnehmen, zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und zwar zu vernünftigen Bedingungen bei.

Und wer glaubt, schlecht bezahlte Leiharbeit würde auch noch dazu beitragen, die Kaufkraft und damit die Wirtschaft anzukurbeln, ist meines Erachtens auch auf dem Holzweg. Dass Leiharbeit nicht zu mehr Beschäftigung sondern zu mehr schlechter Beschäftigung führt ist schon längst erwiesen.

Also: Es ist nach wie vor die Aufgabe der Gewerkschaften gerade hier die Schutzfunktion wahrzunehmen! Wenn nicht die Gewerkschaften, wer sollte es dann tun?

Aber, wie ich anfangs schon gesagt habe: „Das eine Tun, heißt nicht, das andere zu lassen“. Das will heißen: Die Wahrnehmung der „klassischen Aufgaben“ heißt im Umkehrschluss nicht, dass Gewerkschaften keine gestaltende Kraft, beziehungsweise gesellschaftspolitischer Akteur sein können. Das Gegenteil ist der Fall: Gewerkschaften sind hier in vielen Bereichen Hauptakteure und wichtige Motoren:

Dafür kann ich Ihnen aus unserer Praxis zahlreiche Beispiele nennen:

Die Bundestagswahlen 1998 beispielsweise: Wenn hier nicht die Gewerkschaften so massiv für einen Politikwechsel mobilisiert hätten, dann, so behaupte ich, wäre es nie zu einem Regierungswechsel gekommen. Im Vorfeld haben wir auf allen Ebenen Aufklärungsarbeit geleistet und massiv mobilisiert: Vertrauensleutesitzungen, Betriebsversammlungen und Seminare haben wir zur Information genutzt.

Anknüpfungspunkt dafür sind natürlich immer die konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen: wie zum Beispiel die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Hier ist es uns gelungen, Hunderte Kolleginnen und Kollegen aus Salzgitter zur Großdemonstration Bonn zu mobilisieren. 1998 haben die Gewerkschaften gezeigt, dass sie sehr wohl nicht nur Teil einer sozialen Bewegung sind, sondern sogar führende Kraft!

Aber auch nach dem Regierungswechsel, haben wir gerade in Salzgitter die Politik der rot-grünen Regierung immer sehr kritisch verfolgt, auch wenn es den Gewerkschaften traditionell sehr schwer fällt, eine kritische Haltung gegenüber der Sozialdemokratie einzuräumen. Und aus meiner Sicht hätte eine bisschen mehr Kritik von vorneherein gut getan: Die „Riester-Rente“ ist zwar auf dem Verhandlungsweg nachgebessert worden, aber die Parität ist trotzdem aufgekündigt worden. Aus Salzgitter heraus haben wir als Metallerrinnen und Metalller versucht, das ganze noch einmal durch eine Großaktion in Bewegung zu bringen. Aber leider waren hier die Messen schon gesungen.

Das ist tatsächlich ein großes Manko der Gewerkschaften: Die starke Verknüpfung gerade auch in Personen mit der SPD und damit verbunden auch die Angst, eine eigenständige Position durchzusetzen. Unter einer Kohl-Regierung, so meine These, wäre es vermutlich nicht zur Aufkündigung der Parität gekommen, es sei denn unter

massivsten Protesten. Heute fehlt der Mut, eine eigenständige Position trotz der politischen Verbundenheit weiterzuverfolgen.

Die Kritik, die übrigens zur Zeit an den Plänen der Bundesregierung geübt wird, ist meiner Ansicht in vielen Bereichen vollkommen überzogen und ungerechtfertigt. Daran sind vor allem die Medien schuld, weil die Journalisten, die dort von der Abzocke schreiben, wahrscheinlich selbst zu den Besserverdienenden gehören. Den einfachen Leuten wird suggeriert, sie wären davon betroffen, wenn die Beitragsbemessungsgrenze angepasst würde. Hier ist es auch unsere Aufgabe, Aufklärung zu liefern, wenn die Medien schon so einseitig verzerrt berichten. Das werden wir zum Beispiel auf der bevorstehenden Betriebsversammlung auch tun.

Ein weiteres Beispiel, für unsere politische Aktivität in Richtung Bundesregierung ist das Thema EU-Übernahmerichtlinie. Nur durch die Initiative des Gesamtbetriebsrats von VW ist das Thema ins Zentrum der öffentlichen Diskussion gerückt worden. Schröder hat sich dann auch dafür eingesetzt, dass der vorgelegte Entwurf gekippt wird. Bei diesem Thema wird vor allem deutlich, dass die Gewerkschaften genauso wie Banken, Unternehmen und Versicherungsvertreter Lobby-Arbeit im Interesse der Beschäftigten in Deutschland machen müssen und es auch erfolgreich durchsetzen können!

Ein weiteres Beispiel unserer aktiven Arbeit ist das Engagement für Wirtschaftsinitiativen in der Region. Das Thema Wolfsburg AG ist nicht alleine eine Idee des Personalvorstands Peter Hartz gewesen. Hier haben die Betriebsräte in Wolfsburg ihre Finger mit im Spiel gehabt. Immer wieder fordern wir Volkswagen dazu auf, soziale Verantwortung zu übernehmen, zumal die Arbeitslosigkeit in den Regionen der VW Standorte überdurchschnittlich hoch ist.

Das gilt auch für Salzgitter. Daher haben wir jetzt auch für unsere Region die Initiative aufgegriffen. IG Metall und Betriebsrat, mit der Unterstützung von Sigmar Gabriel, haben jetzt die Wirtschaftsinitiative Salzgitter angeschoben, um die Idee der Wolfsburg AG, zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze auch zu übertragen.

Abschließend möchte ich noch ein weiteres wichtiges Aktionsfeld erwähnen: Das ist unser Kampf gegen die Einlagerung von Atommüll im Schacht Konrad. Als Gewerkschafter sind wir hier nicht nur Teil einer Bewegung, sondern wir sind die Hauptinitiatoren! Wir haben das Aktionsbündnis gegen Schacht Konrad ins Leben gerufen und organisieren derzeit den Widerstand in der Region: Ohne unsere Strukturen, ohne unser Engagement über die Betriebe wäre der Widerstand in der Region schon längst verpufft. Einer der Höhepunkte war eine gemeinsame Aktion aller Betriebe in Salzgitter im Mai 2000: Alleine im VW Werk Salzgitter haben 3.500 Kolleginnen und Kollegen die Arbeit niedergelegt, um an der Kundgebung vor dem Werkstor gegen die Einlagerung von Atommüll in Schacht Konrad teilzunehmen.

Auch unsere zahlreichen internationalen Aktivitäten, auf die ich hier aus Zeitgründen nicht mehr eingehen werde, machen deutlich: Unsere Arbeit könnte Vielfältiger kaum sein!

Vielen Dank.
Salzgitter, 2002-11-27